

Einige große Hotels hätten ihre Preise um 66% gesenkt. Dies nutze jedoch nur den Hotels auf Kosten der Interessen des Landes insgesamt. Das Problem des Überangebots könne nicht durch Konkurrenz gelöst werden. Hier solle die Regierung den übermäßigen Bau von Hotels stoppen und die Investitionsmittel für die neuen Hotels kürzen. (Jingji Ribao, 22.6.1988; XNA, 14., 15. und 16.6.1988) -lou-

Bei solchen Meldungen über den Leerlauf in chinesischen Fabriken vermißt man häufig Vorstellungen oder Anregungen, wie die überflüssigen Arbeiter denn beschäftigt werden könnten. (XNA, 15.6.1988) -lou-

\* (29)

#### Deng Xiaoping über die Preisreform

Die gegenwärtige Preisreform in China berge große Risiken in sich, könne und werde aber vollzogen werden, so erklärte Deng Xiaoping am 3.6.1988 in Beijing. "Unsere Arbeit muß darauf beruhen, große Risiken einzugehen und Gegenmaßnahmen vorzubereiten, so daß 'der Himmel nicht einstürzen wird', auch wenn wir auf ein großes Risiko stoßen", sagte Deng beim Treffen mit chinesischen und ausländischen Teilnehmern an einem internationalen Seminar über China und die Welt in den 90er Jahren in der Großen Halle des Volkes.

Deng erklärte weiter, China habe sein erstes Ziel erreicht, dem Volk ausreichend Nahrung und Kleidung zu gewährleisten. Die Lohn- und Preisreform werde nicht sehr kritisch sein, wenn es darum gehe, das zweite Ziel zu verwirklichen, das Niveau relativen Wohlstands bis zum Ende des Jahrhunderts zu erreichen. Es werde aber sehr kritisch werden, das dritte Ziel, den Status eines entwickelten Landes, bis zum Jahre 2050 zu erreichen. "Deshalb sind wir entschlossen, das Risiko auf uns zu nehmen", sagte Deng.

Deng führte weiter aus, die Reformen könnten nicht einzeln nacheinander durchgeführt werden. Sie sollten besser in umfassender Weise in Angriff genommen werden. "Es ist besser, für kurze Zeit Leiden zu ertragen als für lange Zeit". Deng fügte hinzu, in China seien die Voraussetzungen gegeben, um das Risiko von Preis- und Lohnreformen in allumfassender Weise einzugehen. Die Menschen würden Regierungsbeschlüsse akzeptieren, solange diese ihnen gegenüber begründet würden. China könne sich bei seinen Reformen Risiken gegenübersehen, aber für ausländische Investoren gebe es keine Gefahr. Das Land möge zwar arm sein, aber es halte Wort.

Deng erklärte weiter: "China braucht im nächsten Jahrhundert 50 Jahre für seine Entwicklungsstrategie. Neben einem Hongkong

beabsichtigen wir, mehrere Gebiete nach der Art Hongkongs auf dem Festland einzurichten." Er sagte weiter, im Jahre 2050 werde das Festland den Status eines Landes auf mittlerem Entwicklungsstand mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 4.000 US\$ haben, während das Pro-Kopf-Einkommen in Hongkong dann wahrscheinlich höher als 10.000 US\$ liegen werde. Selbst dann werde sich Chinas Politik gegenüber Hongkong nicht ändern. (XNA, 3.6.1988) -lou-

\* (30)

#### Schwierigkeiten bei Vertragserfüllung

Ogbleich die Produktion und der Verkauf von 18 Produkten, die der einheitlichen staatlichen Kontrolle unterstehen, im ersten Quartal des Jahres 1988 anstiegen, wurden die staatlichen Ablieferungsquoten für diese Produkte nicht erfüllt. Die Rate der Vertragserfüllung für neun Produkte, darunter Kohle, Roheisen, Zement und Kupfer, war niedriger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Auf Grund der geschlossenen Verträge hatten die Eisen- und Stahlunternehmen unter der einheitlichen Zentralplanung 4,725 Mio.t Walzstahl an den Staat im ersten Quartal 1988 abzuliefern. Tatsächlich lieferten sie jedoch nur 4,207 Mio.t ab.

Von den 4,1 Mio.t Walzstahl, die von 26 Stahlwerken auf Grund von Verträgen zu liefern waren, betrug die an den Staat abgelieferte Menge nur 3,72 Mio.t, mithin nur 90,7% der Vertragsmenge. Unter den Unternehmen, die den Vertrag erfüllten oder nahezu erfüllten, waren das Shoudu-Eisen- und Stahlwerk in Beijing, der Eisen- und Stahlkomplex von Wuhan, die Eisen- und Stahlwerke von Chongqing, die Stahlwerke in Fushun, Changcheng sowie Guiyang. Von den 593.000 t Walzstahl, die von den Stahlwerken unter Provinzkontrolle abgeliefert werden sollten, wurden nur 458.000 t abgeliefert. Die Vertragserfüllungsquote von 13 Arten von Stahlprodukten war nicht ausgeglichen. Nur die Verträge für fünf Arten von Stahlprodukten wurden zu über 90% erfüllt. Die Ablieferung von Stahlbändern und Stahlblechen erreichten 82,7% und 86,5% der Vertragsmenge. Die Rate der Vertragserfüllung für Stahlblech nahm um 10,3% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres ab.

## Binnenwirtschaft

\* (28)

#### Überbesetzung betrifft 20 Mio. Arbeiter

Die Überbesetzung bleibe ein ernstes Problem in China; mindestens 20 Mio. Arbeiter seien davon betroffen. Dies teilte ein für Personal zuständiger Funktionär in Beijing mit. Auf der Basis eines durchschnittlichen Jahreseinkommens von 2.000 Yuan (einschließlich Subventionen) verzehre diese unterbeschäftigte Armee 60 Mrd.Yuan pro Jahr. Diese Kosten machen etwa die Hälfte der Gesamtsumme aus, die der Staat jährlich von allen Unternehmen erhält. Falls dies so bleibe, werde die niedrige Effizienz das Wachstum der Produktivität behindern und die chinesische Tugend des Fleißes tangieren, so Experten.

Die Überbesetzung ist in jenen Fabriken offenbar, in denen viele Arbeiter ihre Arbeitszeit damit verbringen, Karten zu spielen und fernzusehen.

In einer Fabrik mit 800 Arbeitern in Shijiazhuang, der Hauptstadt der Provinz Hebei, betrug die Nutzungsrate der Schichten im letzten Jahr ca. 50%, was bedeutet, daß die Arbeiter tatsächlich nur vier Stunden in einer acht Stunden dauernden Schicht arbeiteten.

Eine Fabrik in Harbin, Hauptstadt der Provinz Heilongjiang, hatte sogar eine Nachtschicht einzuführen, weil während des Tages so wenig gearbeitet wurde.

Viele Fabriken in den Städten Qingdao und Zhuzhou, die Pionierarbeit bei der Reform betrieben haben, haben ihre Produktivität erhöht, nachdem die Arbeiter und Angestellten um ein Drittel reduziert worden waren.

Auf Grund von Verträgen hatten die Kohlezechen unter der einheitlichen Zentralplanung 111,42 Mio.t Kohle an den Staat im ersten Quartal 1988 abzuliefern, tatsächlich wurden jedoch nur 101,65 Mio.t abgeliefert. Die Vertragserfüllungsrate erreichte 91,2%. Von den Kohlezechen unter einheitlicher zentraler Planung erreichten 17 Zechenämter, darunter jene in Datong, Pingdingshan und Dongmeng, mehr als 95% der Vertragsmengen.

Die zu exportierende Kohle blieb 1,32 Mio.t hinter der Vertragsmenge zurück.

Laut Verträgen hatten die Eisen- und Stahlwerke an den Staat 1,521 Mio.t Roheisen im ersten Quartal 1988 abzuliefern, tatsächlich wurden jedoch nur 1,235 Mio.t geliefert.

Im ersten Quartal 1988 lieferten der Nordosten, die Innere Mongolei und südliche Forstzonen 4,067 Mio.cbm Bauholz, sie erfüllten jedoch nur 41,4% der Vertragsmenge für die erste Hälfte des Jahres 1988. Die Rate der Vertragserfüllung von verschiedenen Forstzonen betrug weniger als 50%. Heilongjiang, Jilin, die Innere Mongolei und die großen Xinggan-Berge lieferten 3,78 Mio.cbm Bauholz an den Staat laut Vertrag, erreichten jedoch nur 42-46% der Vertragsmengen für die erste Hälfte des Jahres 1988. Die Forstzonen in Sichuan, Yunnan und Xinjiang lieferten 268.000 cbm Bauholz ab, erreichten aber damit nur 34%, 29,8% und 11,4% der Vertragsmengen für die erste Hälfte des Jahres 1988. In diesem Jahr scheiterten die Forstzonen im Süden bezüglich der Ablieferung von Ressourcen an den Staat. Beispielsweise wurden von den 600.000 cbm Bauholz, die von Yunnan in diesem Jahr zu liefern waren, bislang nur 240.000 cbm geliefert, also nur ca. 40% des Planes.

Von den 196.900 t Kupfer, Aluminium, Blei, Zink und Kupferprodukten sowie Aluminiumprodukten, die an den Staat im ersten Quartal 1988 abzuliefern waren, wurden nur 184.400 t abgeliefert, das entspricht einer Ablieferungsrate von 93,7%.

Von den sechs Arten von NE-Metallen betrug die Vertragserfüllungsrate für Kupfer, Aluminium, Blei, Zink und Aluminiumprodukte zwischen 94,4% bis 97,6%.

Verkäufe außerhalb des Plans verringerten die Menge der Güter, die nach Plan abzuliefern gewesen wären. So stieg z.B. die Produktion und der Verkauf von Walzstahl um rund 10% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Verkäufe von Unternehmen machten insgesamt 2,25 Mio.t aus, eine Zunahme von 74,5% gegenüber der Vergleichsperiode. Die Rate der Vertragserfüllung erreichte jedoch nur 89%. Die Produktion von Walzstahl nahm um 20,5% zu, die Verkäufe der Unternehmen machten insgesamt 277.000 t aus, ein Anstieg von 140%. Doch die Rate der Vertragserfüllung sank um 10,3%. Die Produktion von Sodasche stieg um 12%, die Verkäufe der Unternehmen stiegen um 220%, doch die Vertragserfüllungsrate sank um 3,3%.

Es ist auch eine Knappheit bei Rohmateriallieferungen zu konstatieren. Z.B. resultierte der exzessive Export von Legierungsmaterialien im Jahre 1987 in einer Knappheit auf dem Inlandsmarkt, die die Produktion von leichten Eisenbahnschienen, von Silikonstahlplatten sowie hochqualitativem Walzstahl tangierte. Die Produktion in den Stahlwerken von Taiyuan, Chongqing und Dalian wurde betroffen. Der Mangel an Legierungsmetallen in Taiyuan wird die Produktion im zweiten Quartal 1988 beeinträchtigen.

Auch die Transportleistungen befinden sich nicht im Gleichschritt mit der Produktion. Wegen der geringen Anzahl von Transportfahrzeugen und aus anderen Gründen hing die Lieferung von Walzstahl hinter der Vertragsmenge von 158.000 t zurück. Die Eisen- und Stahlwerke von Bengang benötigten 3.096 Eisenbahnwaggons von den Eisenbahnabteilungen. Sie erhielten jedoch nur 1.175 Waggons und transportierten 906 Waggons Walzstahl, blieben damit 71% hinter der Zielmenge zurück.

Die Schwierigkeiten beim Transport von Bauholz vom Nordosten und aus der Inneren Mongolei führten dazu, daß 220.000 cbm Bauholz weniger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres transportiert wurden. Des weiteren beklagten sich einige Unternehmen darüber, daß die Lieferung von Bauholz zu spät käme und daß die Produkte auch nicht dem entsprächen, was benötigt würde. So betrug z.B. die Menge an Bauholz, die die Guanghua-Holzwerke in

Beijing im ersten Quartal des Jahres 1988 erhielten, nur 38,5% der Vertragsmenge. Da die Holzwerke nicht Weiden- oder Birkenholz bestellen konnten, mußten sie 260% mehr als den Marktpreis zahlen, um das Bauholz, was sie benötigten, zu erhalten. Dies erforderte Extraausgaben von 6,135 Mio.Yuan für das erste Quartal 1988. (Jingji Cankao Bao, 14.4.1988) -lou-

\*(31)

### Ehrgeizige Entwicklungspläne der Provinz Shandong

Die ostchinesische Küstenprovinz an der Mündung des Gelben Flusses hat zum wirtschaftlichen Wettbewerb mit den vorausgehenden Deltas von Perfluß und Yangzi aufgerufen. Die Investitionsbedingungen für Ausländer sollen praxiserfahrener gestaltet und flexibler gehandhabt werden. In einem langfristigen und zu einem späteren Zeitpunkt andere Anrainerprovinzen des Gelben Flusses einbeziehenden Drei-Stufen-Plan sieht sich Shandong als "Drachenkopf" an der Spitze der Entwicklung.

Chinas drittgrößte und nach ökonomischen Kriterien auf den vorderen Rängen liegende Provinz wird sich in der ersten Programmpphase auf ein rund 7.400 qkm großes Gebiet an der Mündung des Gelben Flusses bzw. die Stadt Dongying mit dem zweitgrößten Erdölfeld des Landes, Shengli, konzentrieren. Für die zweite Stufe wird eine mehr als doppelt so große Fläche zu beiden Seiten des Gelben Flusses bis zur Hauptstadt Jinan ins Auge gefaßt. Von den bereits für ausländische Investitionen geöffneten Städten wie Zibo, Weifang, Yangtai und Qingdao auf der Shandong-Halbinsel werden Entwicklungsimpulse erwartet. In einer dritten Phase soll vor allem die Wirtschaftskraft der eher rückständigen nord- und südwestlichen Regionen im Zusammenhang mit den Nachbarprovinzen Henan und Hebei gestärkt werden.

Die industrielle Entwicklung wird sich auf die Petrochemie stützen. Arbeits- und technologieintensive Branchen sollen gleichermaßen entwickelt werden. Größere Bedeutung werden auch Textilien, Maschinen und Dienstleistungen haben. Auslandsfinanzierte Veredelungsindustrien sind vor allem bei Qingdao, Yantai und Jinan geplant. Auf lokaler Ebene ist der Bau einer Erdölraffinerie mit einer Jah-

reskapazität von 50 Mio.t, einer 115.000 t Äthylen-Anlage und eines Düngemittelwerks mit einem Jahresausstoß von 300.000 t vorgesehen. Auf dem Shengli-Erdölfeld werden pro Jahr ca. 30 Mio.t Rohöl und 1,45 Mrd.cbm Gas gefördert. Bis 1990 soll der Ausstoß auf 50 Mio.t Öl steigen.

Große Bedeutung kommt der Verbesserung der Infrastruktur zu. Ende 1990 wird Shandong nach Abschluß der geplanten Aus- und Neubauten in insgesamt 22 Häfen mit 103 Liegeplätzen jährlich 13,45 Mio.t Fracht umschlagen können.

Der internationale Flughafen Shangdongs soll bei Yaoqian, in der Nähe der Hauptstadt Jinan, entstehen. Inlandsflugplätze sind für Weihai und Jining, ein Verwaltungszentrum im Südwesten, geplant. Der Bau einer Schnellstraße zwischen Qingdao und Yantai steht bevor, Vorarbeiten für eine Schnellstraße zwischen allen wichtigen Küstenstädten der Halbinsel sind im Gang. Ferner ist eine rund 380 km lange Bahnstrecke durch das Mündungsdelta von Longkou nach Dezhou geplant.

Die Energieversorgung wird mit dem Bau eines 500-MW-Kraftwerks weiter stabilisiert. Shandong zählt nach der Installation zweier 300-MW-Erzeugungseinheiten in den Wärmekraftanlagen bei Zouxian und Siheng sowie eines 200-MW-Werkes in Longkou zu den wichtigsten Stromlieferanten in der Volksrepublik China.

Das Investitionsklima für ausländische Investoren, zusehends ein Wettbewerbsmittel zwischen Provinzen, soll attraktiver gestaltet werden. Wie der Provinzgouverneur in Beijing bekanntgab, wird die Genehmigungsbefugnis zur Gründung auslandsfinanzierter Unternehmen bis zu einer Investitionssumme von weniger als 30 Mio.US\$ auf Stadtebene verlagert. Diese Entscheidung hat zunächst nur für Qingdao, Yantai, Weihai, Weifang und Zibo Gültigkeit.

Gründungen über 30 Mio.US\$, im Kommunikationsbereich angesiedelte oder bedeutende Ausbildungsvorhaben brauchen keine kommunalen Sonderabgaben zu zahlen. Der Einkommenssteuersatz beträgt 15%. Importierte Güter und

Materialien für Projekte, die mit Auslandskrediten finanziert werden, sind von Einfuhrzoll, Warensteuer und sonstigen Abgaben befreit. Investoren sollen keinen Beschränkungen beim Gewinntransfer in Auslandswährungen unterliegen. (NFA, 28.6.1988) -lou-

\*(32)

#### Unzulänglicher Betrieb der ländlichen Zechen führt zu Verlusten

Die schlechte Führung von Chinas kleinen ländlichen Kohlezechen führt zu immer mehr Unfällen und höheren wirtschaftlichen Verlusten. Die jährliche Kohleproduktion der kleinen Kohlezechen in den ländlichen Gebieten beträgt ca. 35% der Gesamtproduktion, doch die in diesen Zechen getöteten Arbeiter machen 70% der insgesamt getöteten Bergleute aus. Durchschnittlich beträgt die Unfallrate 17 Menschen pro 1 Mio.t Kohle in diesen kleinen Zechen.

Einige Kollektive und auch Privatleute lassen die staatlichen Gesetze und Regulierungen außer acht und beuten blindlings Kohle in vielen Gebieten aus. Die Bergleute in 9% der insgesamt 14.000 kleinen ländlichen Kohlezechen in der Provinz Guizhou produzieren ohne Genehmigung. Eine kleine Kohlezeche in der Provinz Anhui, im Gebiet Bagongshan, förderte illegal Kohle in einem verbotenen Gebiet. Das Ergebnis war, daß Grundwasser in sieben Schächte lief, 12 Bergleute tötete und wirtschaftliche Verluste verursachte.

Viele der kleinen Kohlezechen des Landes beachten nicht die Arbeitsdisziplin und haben keine Sicherheitsregelungen. In Guizhou müssen sich 90% der kleinen Kohlezechen auf die natürliche Ventilation verlassen.

Die Bergleute in der Stadt Chifeng, Innere Mongolei, arbeiten unter gefährlichen Bedingungen, müssen die Kohle auf dem Rücken tragen und arbeiten ohne Schutzmasken und Lampen.

Die meisten der Bergleute in diesen Gegenden waren Bauern. Viele von ihnen begannen mit der Arbeit in den Zechen ohne Ausbildung, viele Bergwerksdirektoren haben wenig Kenntnisse und Erfahrung mit dem Bergbau.

Die damit befaßten Abteilungen propagieren ein Durchgreifen gegenüber diesen kleinen ländlichen Kohlezechen und fordern sie auf, die Sicherheits- und Produktionsregeln einzuhalten. (XNA, 4.6.1988, zit. nach SWB, 9.6.1988) -lou-

\*(33)

#### Wirtschaftskriminalität weit verbreitet

Seit Anfang des Jahres 1988 bis April 1988 ermittelten die staatsanwaltschaftlichen Behörden in der Volksrepublik in über 10.200 Fällen von Wirtschaftskriminalität, darunter 1.600 schwere Fälle. Es handelte sich unter anderem um Unterschlagung, Bestechung und Steuerhinterziehung. In 6.200 Fällen sind die Untersuchungen beendet, und mehr als 3.400 Personen wurden verurteilt. Ca. 77 Mio.Yuan an illegalen Fonds wurden sichergestellt. Dies teilte Liang Guoqing, der stellvertretende Chef der höchsten Volksstaatsanwaltschaft, auf einer Pressekonferenz in Beijing am 29.6.1988 mit.

Während der genannten Periode hätten die Staatsanwaltschaften auf allen Ebenen mehr als 108.000 Menschen verhaftet. In 68.000 Fällen wurde Anklage erhoben. In mehr als 3.800 Fällen handelte es sich um Pflichtverletzung und die Verantwortlichkeit für schwere Unfälle. Davon seien mehr als 2.300 Fälle bereits abgeschlossen, was zur Anklage von 1.800 Personen führte.

Liang erklärte, daß die soziale und wirtschaftliche Ordnung in China stabil sei. Doch in dem Maße, wie die Reform und die Öffnungspolitik Fortschritte machten, entstünden neue Probleme und Kriminalfälle. Die Hauptaufgabe der Staatsanwaltschaften in der zweiten Hälfte des Jahres 1988 bestehe darin, weiter gegen Wirtschaftskriminalität zu kämpfen. Funktionäre der kommunistischen Partei und der Regierung, die in solche Kriminalfälle verwickelt seien, würden entsprechend dem Gesetz schwer bestraft.

Liang betonte das Prinzip, daß jeder vor dem Gesetz gleich sei. Alle Fälle müßten rechtmäßig behandelt werden, unabhängig davon, wer betroffen sei. Die Staatsanwaltschaften werden auch Fälle unter-

suchen, die die demokratischen und persönlichen Rechte der Bürger tangieren, um deren gesetzlich garantierten Rechte zu schützen.

In der Provinz Guangdong wurden Experimente mit der Errichtung von Zentren zur Berichterstattung über die Wirtschaftskriminalität durchgeführt. Am 8. März 1988 nahmen der stellvertretende Generalstaatsanwalt der Provinz Guangdong und der Generalstaatsanwalt der Sonderwirtschaftszone Shenzhen an der Einweihungsfeier für ein Berichtszentrum für Wirtschaftskriminalität teil. Unmittelbar danach konnte in diesem Zentrum jemand begrüßt werden, der Hinweise für den ersten Fall von Korruption und Bestechung gab.

In den letzten beiden Monaten nach Errichtung des Zentrums wurden beträchtliche Erfolge erzielt. Nach Statistiken wurden vom 8.3. bis zum 31.5.1988 insgesamt 413 verschiedene Fälle dem Zentrum gemeldet. Es waren 566 Menschen betroffen, von denen 111 wegen Korruption und Bestechung gemeldet wurden. In 94 Fällen handelte es sich um Wirtschaftskriminalität in der Form von Unterschlagung öffentlicher Mittel, illegalen Einkünften, Steuerhinterziehung, Schmuggel, Betrug und Wuchergeschäften. Bis zum 31. Mai 1988 wurde gegen 37 Menschen ermittelt. Sieben Leute, die in sieben Fälle verwickelt waren, erhielten keine Strafen, ihnen wurden vielmehr wirtschaftliche Sanktionen auferlegt, die dazu führten, daß 45,2 Mio. Yuan, 7 Farbfernsehgeräte und 7 Videogeräte sichergestellt werden konnten. In 12 Korruptionsfällen, an denen 19 Menschen beteiligt sind, geht es um insgesamt 522.000 Yuan, in fünf weiteren Fällen geht es um insgesamt 853.000 HK\$.

Nach Shenzhen errichteten auch die Städte Shantou und Guangzhou Berichtszentren. Am ersten Arbeitstag wurden in Guangzhou 34 Fälle entgegengenommen, darunter neun Fälle von Korruption und Bestechung. Mit 300.000 Yuan in seinen Händen stellte sich ein Manager dem Berichtszentrum des Bezirks von Dongshan. Wie er gestand, hatte er durch die Ausnutzung seines Postens als Manager 100.000 Yuan an Steuern hinterzogen, indem er die Abrechnungen manipulierte und weniger Gewinne meldete. Auf diese Weise hinterzog er 30.000 Yuan.

Aufgrund einer Anschuldigung eines Arbeiters im Bezirk Zhuhai verfuhr der Direktor einer Bekleidungsfabrik nach der Methode "den Kopf eines Drachen und den Schwanz eines Phönix haben". Er verfälschte eine auf 16.000 Yuan lautende Rechnung in die Summe von 600 Yuan; auf diese Weise konnte er 15.000 Yuan unterschlagen. Der Arbeiter, der den Fall anzeigte, konnte eine Kopie der gefälschten Rechnung als Beweis einreichen.

Die Menschen kamen in endlosen Strömen zu den Berichtszentren verschiedener Bezirke und der Staatsanwaltschaften in der Stadt Guangzhou. Einige berichteten per Telefon, andere sandten Briefe. Vom 1.-4. Juni 1988 wurden den Zentren 123 Fälle berichtet, davon 16 durch das Telefon, 66 persönlich und 41 mittels Briefen. Wie in Shenzhen und Shantou waren die meisten der angezeigten Fälle Wirtschaftsvergehen, wie z.B. Korruption, Bestechung, Unterschlagung öffentlicher Mittel und Schmuggel (insgesamt 58% der gesamten Fälle).

Aufgrund einer umfassenden Analyse der von den Massen in Shenzhen, Shantou und Guangzhou berichteten Fälle scheinen die Fälle die folgenden Charakteristika zu haben: (1) Die Fälle von Wirtschaftskriminalität, wie z.B. Korruption und Bestechung, sind vergleichsweise schwer. (2) Es gibt eine große Anzahl von leitenden Kadern, die das Gesetz verletzt und Verbrechen begangen haben. (3) Die Phänomene, daß mit der Durchführung des Rechts beauftragte Personen das Recht verletzen, sind bemerkenswert. (4) Durch Pflichtverletzung entstehen gewaltige Verluste. (5) Mit dem Ausland verbundene Fälle stellen einen gewissen Anteil dar.

So machten z.B. in der Stadt Shantou Korruptionsfälle 57,6% der gesamten Fälle von Wirtschaftskriminalität aus. Parteimitglieder, die beschuldigt wurden, das Gesetz verletzt und Verbrechen begangen zu haben, machten 78% der insgesamt gemeldeten Menschen aus, die Irregularitäten begangen haben sollen. Fälle, in denen Manager, Fabrikdirektoren und Geschäftspersonal das Gesetz verletzt und Verbrechen begangen haben, machten 18% der insgesamt Verdächtigten aus.

Dies gilt auch für die Stadt Shenzhen. Von den insgesamt gemeldeten Fällen waren 49,3% Fälle von Wirtschaftskriminalität. Die Zahl der führenden Kader, die das Gesetz verletzt und Verbrechen begangen hatten, betrug 148, das waren 26,1% der Menschen, die wegen solcher Irregularitäten angeklagt worden waren. Von den führenden Kadern waren 105 Manager oder stellvertretende Manager, mithin 70,9% der insgesamt angeklagten führenden Kader. (XNA, 29.6.1988, zit. nach SWB, 2.7.1988; Liaowang, 27.6.1988, zit. nach SWB, 2.7.1988) -lou-

\*(34)

#### **Auch Unternehmen von Preisreform betroffen**

Die Preisreform betrifft nicht nur die Konsumenten, sondern auch die Unternehmen. Die Probleme können jedoch gelöst werden, obwohl dies drei bis fünf Jahre harter Arbeit erfordern wird, so Xiao Yang, der frühere Bürgermeister der Stadt Chongqing, der im Mai 1988 zum Sekretär der kommunistischen Partei der Stadt gewählt wurde. Gegenwärtig könnten die meisten Menschen mit den Preiserhöhungen fertigwerden, sagte Xiao. Schließlich sei das Nettoeinkommen der Einwohner jährlich um 5%, das Bruttosozialprodukt der Stadt sogar um 14,8% gestiegen. Die Preissteigerungsrate für Zusatzlebensmittel habe eine Rekordhöhe erreicht. Dies habe wahrscheinlich für die Einwohner von Chongqing eine größere Bedeutung, weil der Verzehr von Schweinefleisch hier der höchste in China ist. Des Weiteren werden viele der 8.000 Unternehmen der Stadt, insbesondere die Weiterverarbeitungsfabriken, durch die steigenden Preise tangiert.

Die Gummifabrik Zhongnan war eine der gewinnbringendsten Fabriken in Chongqing, doch Preiserhöhungen haben sie in die roten Zahlen gebracht. Im Jahre 1984 erzielte diese Fabrik 13 Mio. Yuan Gewinne nach Steuern, doch in den ersten fünf Monaten des Jahres 1988 beliefen sich die Verluste bereits auf 2,23 Mio. Yuan. Die Preise für Gummi steigen schnell an, doch es sei ihnen nicht erlaubt, die Preise für die aus Gummi gefertigten Förderbänder zu erhöhen, so beklagte sich der Direktor der Fabrik.

Luo Ping, ein Funktionär, der für die wirtschaftliche Umstrukturierung der Stadt zuständig ist, führte die Preisprobleme auf das "zweigleisige Preissystem" zurück, das einerseits staatliche Fixpreise und andererseits ausgehandelte Preise erlaubt. Einige der Rohmaterial produzierenden Fabriken nutzen dieses System, um mehr und mehr Produkte zu höheren Preisen als die staatlichen Festpreise zu verkaufen.

In Chongqing ist der Preis von Bandstahl von ca. 800 Yuan auf 1.600 Yuan pro Tonne gestiegen, doch die Preise von damit hergestellten Produkten werden durch den Staat festgesetzt. Schlimmer noch ist, daß das zweigleisige System zur Wucherei und zur Spekulation geführt hat. Der Preis einer Tonne von Aluminiumbarren kann um 25% steigen, nachdem dieser Barren durch die Hände von acht Vermittlern gegangen ist. Deswegen sind die Gewinne einiger Unternehmen durch die Preiserhöhungen zunichte gemacht worden, und einige Fabrikdirektoren wollen sogar ihre Verträge aufheben lassen.

Die Zentralregierung habe nach Xiao bereits die Entscheidung getroffen, das zweigleisige System in ein einglisiges zu verwandeln, d.h., die Marktkräfte sollen die Preise bestimmen. "Wir sollten den Spekulanten nicht länger die Möglichkeit geben, durch Ausnützung des gegenwärtigen Preissystems Geld zu machen", fügte er hinzu. (XNA, 6.7.1988, zit. nach SWB, 9.7.1988) -lou-

#### \* (35) "Glasnost" im Statistikwesen

Chinas statistische Daten seien zum Zwecke einer eingehenderen Prüfung offengelegt worden mit dem positiven Resultat, daß sie eine immer größere Rolle dabei spielten, den Regierungen auf allen Ebenen bei politischen Entscheidungen zu helfen. Dies verkündete Zheng Jiaheng, der stellvertretende Direktor des Zentralen Statistikamtes, auf einer nationalen Konferenz am 12. Mai 1988.

China habe bislang unabhängige Statistikabteilungen in allen Regierungsabteilungen auf und über Kreisebene eröffnet, so daß ein statistisches Informationsnetzwerk landesweit gebildet worden sei. Diese Abteilungen hätten insgesamt mehr als 60.000 Angestellte. In allen Provinzen, regierungsunmittel-

baren Städten und Autonomen Regionen seien 98% der Präfekturen und mehr als die Hälfte der Städte und Kreise mit Computern ausschließlich für die statistische Erfassung und den statistischen Gebrauch ausgestattet.

Das Zentrale Statistikamt hat zwei Gruppen für soziale Untersuchungen. Die Mitglieder dieser Gruppen sind über mehr als 1.000 Kreise und Städte verteilt, wo sie Stichprobenuntersuchungen über die landwirtschaftliche Produktion, Preise und andere Angelegenheiten, die mit den Lebensbedingungen sowie den sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten der Menschen zusammenhängen, durchführen.

1987 präsentierte das Statistikamt dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei und dem Staatsrat mehr als 460 analytische statistische Berichte. Die Berichte befaßten sich hauptsächlich mit dem Nationaleinkommen, mit der umfassenden Finanzarbeit, den Dienstleistungszweigen, dem Bruttosozialprodukt sowie der Angebots- und Nachfragesituation der Konsumenten.

Diese Berichte reflektierten auch jene Faktoren, die die Entwicklung der Volkswirtschaft negativ beeinflussen und für die zuständigen Regierungsabteilungen "Alarmsignale" bedeuten, und zwar beispielsweise bei solchen sensiblen Themen wie Preissteigerungen, Überanstrengung der Investitionen sowie Wachstumsrate der Bevölkerung.

Im Jahre 1983 begann das Zentrale Statistikamt mit regelmäßigen Informationsveranstaltungen für chinesische und ausländische Korrespondenten. 17 Provinzen, regierungsunmittelbare Städte und Autonome Regionen sowie andere große Städte im Lande sind diesem Beispiel gefolgt.

China arbeitet auch am internationalen Austausch und an der Zusammenarbeit hinsichtlich der statistischen Arbeit. Gegen Ende 1987 hatten chinesische Statistikabteilungen Verträge über 19 Gebiete der Zusammenarbeit mit 12 internationalen Organisationen abgeschlossen, darunter die Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen sowie das Statistikamt der Europäischen Gemeinschaft. Weitere Vereinbarungen waren mit der Asiatischen Entwicklungsbank, mit Japan, Ka-

nada und vier anderen Ländern geschlossen worden. Die Statistikabteilungen haben auch offizielle Kanäle geschaffen, um statistische Informationen mit 24 Ländern und Regionen auszutauschen. (XNA, 13.5.1988) -lou-

---

## Taiwan

---

### \* (36) Politik für Besuchsreisen bei Verwandten auf dem chinesischen Festland weiter gelockert

Der Sonderausschuß des Exekutiv Yuan (Kabinett) für die Politik von Verwandtenbesuchen auf dem chinesischen Festland hat auf seiner ersten Sitzung am 3. Juni beschlossen, den Besucherkreis vom 3. auf den 4. Verwandtschaftsgrad (z.B. Vetter und Kusinen) auszuweiten. Außerdem wurde die Zeitspanne der Aus- und Rückreiseerlaubnis auf ein Jahr verlängert. Unverändert bleibt, daß jeder nur einmal im Jahr zum Besuch von Verwandten nach drüben reisen und dabei die Frist von drei Monaten nicht überschreiten darf. Zum Vorschlag des Innenministeriums, Beamten der mittleren und unteren Ebene dasselbe Besuchsrecht einzuräumen, wurde auf der Sitzung noch kein Beschluß gefaßt. (LHB u. ZYRB, 4.6.88)

Die Regierung hatte am 2. November 1987 dem Normalbürger die Möglichkeit einer Reise zum Besuch enger Verwandter auf dem chinesischen Festland durch das Rote Kreuz offiziell eröffnet. Nach Statistiken der Behörde für Ein- und Ausreisegenehmigungen des Innenministeriums haben bis zum 3. Juni insgesamt 163.989 Personen eine Reise zu diesem Zweck beantragt, davon sind 161.785 bereits genehmigt und 1.358 abgelehnt worden. Die Ablehnungen waren zumeist auf Verfahrensfehler zurückzuführen; eine Überprüfung der Sache in bezug auf die zu besuchenden Verwandten ist infolge der politischen Situation so gut wie unmöglich. Offiziell ist es aber noch verboten, zu einem anderen Zweck auf das chinesische Festland zu reisen. (LHB, 4.6.88)

Nach Angaben derselben Behörde haben in den vergangenen acht Monaten 106.560 Personen diese Reise angetreten, 79.982 sind wie-